

Deponierung

Wortlaut der Petition

Wir bitten den Bundestag die Bundesregierung aufzufordern,
-sich im StuBa für die Braunkohlesanierung dafür einzusetzen, dass anfallende EHS ordnungsgemäß zwischengelagert & dann auf geeigneten Monodeponien entsorgt werden; die zuständigen Behörden sollen planerische Vorkehrungen zum Erkunden geeigneter Deponiestandorte treffen & diese planungsrechtlich sichern,
-alle erforderlichen Mittel auszuschöpfen mit dem Ziel, das Verbringen von EHS in den Altdöberner See zu verhindern.

Begründung

Die Spree & ihre Zuflüsse führen vermehrt Eisenhydroxid. Der als Eisenocker bekannte Erdenstoff ist eine Spätfolge des Braunkohlenbergbaus in der Lausitz. Er setzt sich als Schlamm in den Gewässern ab & führt zum Absterben der Tier- & Pflanzenwelt. Gegen den Eisenhydroxidzufluss haben Bund, Länder & LMBV (Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH) kurz-, mittel- & langfristige Maßnahmen beschlossen. Ziel dieser Maßnahmen ist, die bergbaubedingten Stoffeinträge im Grund- & Oberflächenwasser zu reduzieren. Beim Beräumen der Fließgewässer unter anderem der Spree fallen große Mengen Eisenhydroxidschlamm (EHS) an. Deren Verwertung & Entsorgung stellen eine große Herausforderung dar. Zum Umgang mit EHS im Sanierungsgebiet Lausitz hat die LMBV ein Konzept erarbeitet, welches das Verbringen von EHS in Bergbaufolgeseeen - konkret im Altdöberner See - als die Alternative zur Deponierung offeriert. Vattenfall hat schon vor 15 Jahren Untersuchungen mit vergleichbaren Erkenntnissen die der LMBV durchgeführt, wonach eine Verwertung von EHS in der Rohstoffwirtschaft wie auch als Ersatzbaustoff aufgrund der hohen Organik- & Mineralanteile u. a. - nicht bergbaubedingten - Stoffen kaum möglich wäre. Das Verbringen von EHS auf Sonderdeponien würde begünstigt, wenn EHS um die sonstigen Stoffe in der EHS-Masse reduziert wäre & die hohen genehmigungsrechtlichen Hürden der Bodenschutz-VO, der Wassergesetze & -Verordnungen angepasst wären. Eine Option könnte die Regelung eines Ausnahmetatbestandes mit dem Ziel sein, das Verbringen von EHS in bergbaurechtlichen Hohlformen & Kippen des aktiven Tagesbaus nicht als Deponierung i. S. v. Abfall zu bewerten. Die in der Landespolitik verantwortlichen Entscheidungsträger haben bisher nicht voranbringen können, dass sich aufgrund des akuten Handlungsbedarfes - die in dieser Sache verantwortlichen Akteure gemeinsam mit Vattenfall & LMBV konzeptionell aufstellen & geeignete & nachhaltige Maßnahmen und Projekte platzieren. Fakt ist, die Problematik der Verockerung ist in den nächsten 100 Jahren zu stemmen. Künftig werden Tätigkeitsfelder des Bergbaus aber v. a. auch der Wasser- & Bodenverbände betroffen sein. Das Einbringen ungeprüfter Stoffe in den Altdöberner See ist auch in wissenschaftlichen Kreisen umstritten. Der See wird als günstigste Variante zum Verbringen von EHS gehandelt, ohne dass Alternativen & Fragen zur Wirtschaftlichkeit hinreichend geprüft & belegt sind. Der See wird von einer unterirdischen Trinkwasserquelle gespeist. Am & im See kommt es noch heute zu Rutschungen. Zudem bleibt völlig offen, inwieweit der See im Falle einer Genehmigung zur EHS-Einspülung über den bisher prognostizierten Bedarf der EHS-Mengen hinaus EHS aufzunehmen hat. Oder, ob- & wenn ja, welche anderen Tagebaurestlöcher bzw. -seen zum Verbringen von EHS herangezogen werden. Ein Widerspruch zur EU-Wasserrahmen-RL sehen die Landesbehörden nicht, da noch nicht als Gewässer qualifizierte Tagebauseen - trotz hoher Wassergüte (Ph-Wert > 7) - durchaus, „im öffentlichen Interesse“ geopfert werden können.

Fragenkatalog

Wortlaut der Petition

Wir bitten den Bundestag die Bundesregierung aufzufordern, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln so Einfluss auf die LMBV zu nehmen, die Fragen des Fragenkataloges zur Petition 309/6 an den Landtag Brandenburg transparent & ausführlich zu beantworten, im Falle eines Genehmigungsverfahrens zum Antrag auf das Verbringen von EHS in den Altdöberner See diese Fragen angemessen & umfassend zu berücksichtigen sowie im Ergebnis darauf hinzuwirken, dass EHS nicht in den Altdöberner See verbracht wird.

Begründung

In der Antwort empfiehlt der Petitionsausschuss des Landtages Brandenburg, sich in dieser Angelegenheit an den Petitionsausschuss des Bundestages zu wenden. Er begründet seine Empfehlung damit, dass die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) zu 100% eine bundeseigene Gesellschaft ist & die Voraussetzungen für ein Tätigwerden des Petitionsausschusses des Landtages Brandenburg (noch) nicht vorliegen. Die Petition 309/6 wurde in nur wenigen Monaten mit über 6.000 Unterschriften unterstützt.

Die Spree & ihre Zuflüsse führen vermehrt Eisenhydroxid & färben sich rostbraun. Der landläufig als Eisenocker bekannte Erdenstoff ist eine Spätfolge des Braunkohlenbergbaus in der Lausitz. Er setzt sich als Schlamm in den Gewässern ab & führt zum Absterben der Tier- & Pflanzenwelt. Gegen den Eisenhydroxidzufluss haben Bund, Länder & LMBV kurz-, mittel- & langfristige Maßnahmen beschlossen. Ziel dieser Maßnahmen ist, die bergbaubedingten Stoffeinträge im Grund- & Oberflächenwasser zu reduzieren. Beim Räumen der Fließgewässer (u.a. der Spree) fallen große Mengen Eisenhydroxidschlamm (EHS) an. Deren Verwertung & Entsorgung stellen eine große Herausforderung dar. Zum Umgang mit EHS im Sanierungsgebiet Lausitz hat die LMBV ein Konzept erarbeitet, welches das Verbringen von EHS in Bergbaufolgeseen - konkret im Altdöberner See - als die mögliche Alternative zur Deponierung offeriert.

Das Einbringen ungeprüfter Stoffe in unserem See ist (auch) in wissenschaftlichen Kreisen umstritten. Am & im See kommt es noch heute zu Rutschungen & der See wird von einer oberirdischen Trinkwasserquelle gespeist. Eisenocker wird deshalb aus der Spree ausgebaggert, weil er in Gewässern toxisch wirkt & es zur direkten Verarmung & Vernichtung der aquarischen Fauna & zu negativen Einflüssen auf die Flora in Gewässern kommt. Auswirkungen z.B. auf unterirdisch gespeiste Trinkwasserbrunnen nördlich des Sees, auf die an den See angrenzenden Bewirtschaftungsflächen bzw. auf die Natur am & im See sind völlig unerforscht. Der Einzugsbereich unseres Landstriches ist vergleichsweise klein zu anderen Regionen & geprägt von Abwanderung, Überalterung & dem Wegbrechen regionaler Wirtschaftskraft. Die Sanierungsmaßnahmen des Altdöberner Sees umfassen auch, den Bereich zu sichern & Gefahren für Menschen & Tiere abzuwenden. Wir sehen die Gefahr, dass aus finanziellen Gründen unser See mit ungeprüften Erden & Stoffen verfüllt wird. Eine mögliche Folge wäre, dass der See für immer aus der touristischen Landkarte unserer Region gestrichen bzw. die Region der Anrainerortschaften künftig nicht mehr ein Ziel zu Erholungszwecken sein wird. Der Altdöberner See soll jedoch künftig ein touristischer Anziehungspunkt abseits des Massentourismus werden. Der Fragenkatalog zur Petition 309/6 umfasst daher Fragen zu den Themen Umwelt & Naturschutz, Wirtschaft (insbesondere Tourismus, Land- & Forstwirtschaft), der Infrastruktur & zur regionalen Identität der Kommunen bzw., welches Erbe wir unseren Kindern & Enkeln überlassen wollen.

Kilhaber

Wortlaut der Petition

Wir bitten den Bundestag zu beschließen, dass alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden, um über die generationsübergreifende Problematik der Verockerung in Fließgewässern der Lausitz durch Aufklärungskampagnen und anderen Projekten und Maßnahmen (zu Ursachen, Folgen, Auswirkungen, Konzepten und Handlungsbedarf) ausreichend und transparent zu informieren und um eine demokratische Bürgerbeteiligung vor Ort zu gewährleisten.

Begründung

Die LMBV - eine zu 100% bundeseigene Gesellschaft & als der Entscheidungsträger zur Antragstellung über das Einspülen von EHS in den Altdöberner See - ist bis ca. 2021 Eigentümer des Sees. Entscheidungsträger im Falle eines Genehmigungsverfahrens zum Antrag auf das Verbringen in den Altdöberner See ist das Landesbergamt Berlin-Brandenburg, welches auch in dieser Angelegenheit zur abfall-, wasserrechtlichen und polizeilichen Bewertung entscheidet. Stellungnahmen anderer Behörden und Gremien haben daher einen nur vergleichbaren Empfehlungscharakter. Die mittelbaren und unmittelbaren Informations- und Beteiligungsrechte der regionalen Bürgerschaft scheinen stark begrenzt. So bilden die Mittel der kommunalen Bürgerbeteiligung das Meinungsbild vor Ort kaum realistisch ab, weil die Anrainerortschaften zu unterschiedlichen kommunalen Struktureinheiten zugeordnet sind. Auch sind viele Befugnisse über Entscheidungen der kommunalen Vertreter auf mittelbare Gremien delegiert worden, den die Anrainerortschaften aufgrund der unterschiedlichen kommunalen Strukturzuordnung im Kräfteverhältnis zu anderen dieser Struktureinheiten zugeordneten Kommunen zwangsläufig unterliegen müssen. Der Einzugsbereich des Landstriches am Altdöberner See ist vergleichsweise klein zu anderen Regionen. Anfragen und Auskunftersuchen an Landesbehörden werden nur ausweichend beantwortet. Soll der Rechtsweg im Falle der Genehmigung zum Einspülen von EHS in den Altdöberner See beschritten werden, haben Umweltverbände die größtmöglichen Erfolgsaussichten. Im Land Brandenburg sind diese Verbände vergleichsweise klein zu anderen Landesverbänden, wohl auch begründet in der weitestgehend geringeren Besiedlung des großflächigen Landes. Zudem stehen diese Landesverbände vor der Herausforderung der Priorisierung einer Vielfalt von Themen und deren aktiver Begleitung, sodass Interessenskonflikte bei parallelen Projekten durchaus nicht ausgeschlossen werden können. Um einer Meinungsvielfalt, einer demokratischen Bürgerbeteiligung, dem Recht Jedermanns auf Information zum staatlichen Handeln ausreichend und transparent Rechnung zu tragen, sollte das bisherige Regelwerk auf seine Pragmatik geprüft und ggf. angepasst werden. Aufklärungskampagnen zu den Ursachen, Folgen und Auswirkungen, aber auch zum Handlungsbedarf aller verantwortlichen Akteure könnten ein Mittel der Information und Beteiligung der Bürger sein, ggf. könnte die regionale Bürgerschaft in Maßnahmen und Projekte unmittelbar, aktiver eingebunden und das ehrenamtliche Engagement vor Ort gestärkt werden.

Anregungen für die Forendiskussion
